

Mehr Ferien und günstiger öV in Uster

Na also, geht doch!

Das kommt selten vor: Als am 13. November 2017 Ratspräsident Balthasar Thalmann (SP) die Sitzung des Ustermer Gemeinderats für beendet erklärte, gab es von den Zuschauerreihen lauten Beifall. Es waren die Stadtangestellten, die sich zahlreich im Gemeinderatssaal eingefunden hatten – und sie hatten guten Grund, mit dem Parlament zufrieden zu sein.

Ab 2018 erhalten die über 700 städtischen Angestellten von Uster neu mindestens fünf Wochen Ferien. Auf Wunsch bekommen sie auch ein vergünstigtes Jahresabonnement für den öffentlichen Verkehr. Der Gemeinderat hiess dafür zwei Kredite von 100 000 und 400 000 Franken gut – mit jeweils grossem bis sehr grossem Mehr.

Ein attraktiver Arbeitgeber

Den Antrag für mehr Ferien begründete der Stadtrat damit, dass die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber sein müsse. Im Auge hat er dabei vor allem das Personal in den städtischen Heimen, die Köche, Pfleger und Hotellerie-Angestellten. Für diese anstrengenden Berufe genügend Arbeitskräfte zu finden, sei nicht einfach, schrieb der Stadtrat in seiner Weisung. Generell hätten heute drei Viertel aller Arbeitnehmenden in der Schweiz mindestens fünf Wochen Ferien – da müsse auch die Stadt Uster nachziehen, ob in der Heimküche oder auf dem Steueramt.

Ähnlich sehen das auch die Parlamentarier. Und zwar in allen Fraktionen. «Wenn man gute Mitarbeitende möchte, muss man etwas für sie tun», sagte Hans Keel (SVP). Und Marius Weder (SP) sprach

von einer «grossen Werbewirkung mit kleinem Aufwand». Der Kredit von jährlich 100 000 Franken, den die zusätzlichen Ferien bedingen, ist in erster Linie wegen der Primarschule nötig. Um ihrem Personal an den Schulen mehr Ferien ermöglichen zu können, braucht sie mehr Geld. Keine Veränderung bringt die neue städtische Regelung übrigens für die Lehrer – sie sind vom Kanton angestellt.

Ein Beispiel für den Kanton

Dem Entscheid im Ustermer Gemeinderat vorangegangen waren jahrelange Bemühungen des VPOD und des Verbandes des Städtischen Personals Uster VSPU. Dass der Stadtrat diese Forderungen nun aufgenommen und den Gemeinderat vom Sinn dieser Massnahmen überzeugt hat, verdient höchste Anerkennung – und kann dem Kanton als Beispiel dienen. Es ist längstens überfällig, dass auch der Kanton auf diese Forderungen eingeht und den Angestellten endlich beweist, dass er nicht nur behauptet, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, sondern dies auch wirklich einlöst.

Ebenfalls auf Veranlassung von VPOD und VSPU hat die Stadt Uster zudem beschlossen, die Löhne der städtischen Mitarbeitenden systematisch auf mögliche geschlechtsspezifische Lohnunterschiede hin zu untersuchen. Die Unterzeichnung der «Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor» sei für die Stadt Uster durchaus eine Option, erklärte Stadtschreiber Daniel Stein.

Roland Brunner

Quelle: Zürcher Oberländer vom 14. November 2017

Stadt Zürich: Verbesserungen im Pikettdienst

Höhere Entschädigung

Am 11. September 2012 haben im VPOD organisierte städtische Mitarbeitende dem Stadtrat eine Petition für faire Entschädigungen im Pikettdienst überreicht. Damit sollte ein Anreiz zur vermehrten freiwilligen Übernahme von Pikettdiensten geschaffen werden, der sich positiv auf das Betriebs- und Arbeitsklima auswirkt. Mit Erfolg, wie sich jetzt zeigt.

«Mit dem vorliegenden Neuerlass wird das Anliegen der Petitionäre mit einer differenzierten Neuregelung der Zeitgutschriften für das Leisten von Pikettdienst an Feiertagen und Betriebsferientagen umgesetzt», schreibt der Stadtrat in seinem Beschluss vom 4. Oktober 2017. Zudem hat der Stadtrat eine zweite Forderung des VPOD erfüllt: Bisher war die Höhe der Grundvergütung von der Einstufung der Pikettdienst leistenden Person abhängig. Das hiess, je höher die Funktionsstufe, desto höher die Vergütung. Diese Praxis haben die Verbände in der Vernehmlassung stark kritisiert. Neu spielt die Funktionsstufe keine Rolle mehr und alle Mitarbeitenden werden gemäss den bisher höchsten Ansätzen entschädigt. Diese Erhöhung der Entschädigung bringe den Dienstabteilungen Mehrkosten zwischen 9 und 20% – durchschnittlich 15% –

und sei im Budget 2018 noch nicht beinhaltet. Die zu erwartenden Mehrkosten müssten über Nachtragskredite beantragt werden. Rund 4,9 Millionen Franken werden aktuell an Pikettvergütungen ausbezahlt.

Die vom VPOD eingereichte Petition wurde in der Gewerkschaftsgruppe der Wasserversorgung (WVZ) 2012 beschlossen und lanciert. Einige Hundert städtische Mitarbeitende hatten darin eine bessere Entschädigung des Pikettdienstes gefordert, der entweder als Bereitschaftsdienst ausserhalb des Arbeitsortes oder als Präsenzdienst am Arbeitsort geleistet wird.

Umstritten ist in einzelnen Dienstabteilungen aber nach wie vor die Praxis über die Weihnachtstage/Neujahr. Mitarbeitende leisten Pikettdienst als Bereitschaftsdienst von zu Hause aus. Die Betriebsferientage gelten aber trotzdem als bezogen. Obschon der Stadtrat in seinen Ausführungsbestimmungen festgelegt hat, dass Betriebsferientage, die nicht bezogen werden können, weil der Betrieb aufrecht erhalten werden muss, als zusätzliche Ferientage nachgewährt werden. Ein Grundsatz, der letztlich durchgesetzt werden kann, wenn die Mitarbeitenden insistieren.

Duri Beer

Stadt Zürich: Ausbau Tagesschule 2025

Viel Diskussionsbedarf

Die Veranstaltung «Tagesschule 2025» der Sektionen «Stadt und Institutionen» und «Lehrberufe» des VPOD Zürich stiess auf grosses Interesse. Über 70 Personen liessen sich über den Stand des Projektes informieren und diskutierten im Anschluss angeregt über Chancen, Risiken und Gelingensbedingungen. Klar war von Beginn an, dass dies nicht die letzte Veranstaltung zu diesem Thema sein würde – und das nicht nur, weil es noch viele offene Fragen gibt. Im VPOD Zürich sind sämtliche Berufsgruppen, deren Arbeitsumfeld und -inhalt sich mit dem Projekt Tagesschule 2025 verändern kann, vertreten: das Betreuungspersonal, die Angestellten im Bereich Hausdienst und Technik und die Lehrpersonen. Mitglieder und Interessierte aus allen Bereichen nahmen am 2. November 2017 an der Veranstaltung teil. Um über das Projekt, den aktuellen Stand und die nächsten Schritte zu informieren, hatte der VPOD Mylène Nicklaus, Projektleiterin Tagesschule 2025, und Reto Zubler, Bereichsleiter Pädagogik im Schulamt der Stadt Zürich, eingeladen.

Im Anschluss an die Ausführung der beiden VertreterInnen der Stadt, beleuchtete Christine Flitner, VPOD-Zentralsekretärin Bildung, Tagesschulen aus verschiedenen Perspektiven und verwies eindringlich darauf, dass gerade in Bezug auf die pädagogischen Aspekte das Potenzial von Tagesschulen nur bei guter Qualität und Ausstattung ausgeschöpft werden kann. Deziidi sprach sie sich für eine Orientierung am Kind und gegen Tagesschulen als Sparprogramme aus. Mit Blick auf die Arbeitsbedingungen

zog sie das Bild einer Blackbox heran, da die effektiven Änderungen noch nicht bekannt sind. Damit sprach sie ein Thema an, dass auch im Anschluss viel Raum einnahm. Ebenso intensiv wurde über das Kernelement des Stadtzürcherischen Projektes, das freiwillige, gebundene Mittagessen, diskutiert. Die Sorge einer Massenabfertigung über den Mittag, die kaum Raum für die sozialpädagogische Arbeit oder für Kinder mit besonderen Bedürfnissen lässt, wurde mehrfach artikuliert. Des Weiteren waren die Zusammenarbeit und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Berufsgruppen, die Infrastruktur und die Rolle von Drittanbietern Themen, bei welchen das Projekt noch viele Fragen offenlässt. Aus der Veranstaltung ging eine Begleitgruppe hervor, die sich nun mit der Formulierung konkreter Gelingensbedingungen auseinandersetzt und das Projekt weiterhin kritisch begleitet. Eines ist bereits jetzt klar: um das Potenzial von Tagesschulen auszuschöpfen, braucht es die Bereitschaft sämtlicher Akteure, in die Qualität zu investieren.

Martina Flühmann



Die Projektleiterin informiert über Tagesschule 2025.

Bild: VPOD Zürich

Mehr Lohn & Teuerung im Kanton Zürich

Taten statt Worte

Seit Jahren fallen die Löhne der Angestellten des Kantons Zürich und seiner selbständigen Betriebe immer weiter zurück. Gegenüber der UBS-Lohnstudie, welche die Lohnentwicklung in der ganzen Schweiz ausweist, besteht schon ein Rückstand von rund 7%. Und weiterhin hat das kantonale Personal eine Woche weniger Ferien als fast überall sonst. Jetzt will der Regierungsrat nicht einmal den vollen Teuerungsausgleich gewähren. Geld wäre vorhanden. Es fehlt am politischen Willen.

Die Lohnumfrage 2017 des VPOD hat es offengelegt: Es besteht grosse Unzufriedenheit und damit grosser Handlungsbedarf. Gestützt auf die Lohnuntersuchung und die Lohnumfrage 2017 fordert der VPOD den Regierungsrat auf, den Angestellten des Kantons und der selbständigen, öffentlich-rechtlichen Betriebe den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren, in den nächsten drei Jahren die ausgewiesene Lücke zu schliessen, die sich in der Lohnentwicklung während der letzten Jahre gegenüber den von ihm selbst festgelegten Vergleichsgrössen ergeben hat. Als erste Massnahme fordern wir per 1. Januar 2018 eine generelle Lohnerhöhung von 2% für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen bis 100 000 Franken pro Jahr, 2. eine generelle Lohnerhöhung von 1% für alle Beschäftigten mit einem Vollzeit-Einkommen

über 100 000 Franken pro Jahr, 3. bei allfälligen individuellen Lohnerhöhungen die tieferen Einkommen besonders zu berücksichtigen, 4. die trotz höheren Lohnabzügen für die Pensionskasse BVK gesunkenen Rentenansprüche zu kompensieren und die in den letzten Jahren aufgelösten BVK-Rückstellungen von 303 Millionen Franken für einen Ausgleich der Minderverzinsung der Sparkapitalien zu verwenden, 5. allen dem kantonalen Personalrecht unterstellten Beschäftigten per 2018 zusätzliche Ferientage zu gewähren, um damit den Standard in der Privatwirtschaft zu erreichen (mindestens fünf Wochen Ferien).

Roland Brunner

Aufruf: Kundgebung für den vollen Teuerungsausgleich und faire Löhne!

Montag, 11. Dezember 2017, 7:30 Uhr auf der Gemüsebrücke beim Zürcher Rathaus

Wir überreichen den Kantonsrätinnen und Kantonsräten zu Beginn der Budgetdebatte unsere Lohnforderungen.

Informationen über die Lohnumfrage des VPOD und die Forderungen: zuerich.vpod.ch

Agenda

Dienstag, 12. Dezember 2017
Verbandskommission Straf- und Massnahmenvollzug
Zürich

Dienstag, 12. Dezember, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Stadt und Institutionen
VPOD Zürich, Konferenzraum,
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Dienstag, 16. Januar 2017, ab 17 Uhr
Neujahrs-Apéro für VPOD-Frauen
VPOD Zürich, Regionalsekretariat,
Birmensdorferstrasse 67, 4. Stock

Montag, 22. Januar 2018
Verbandskommission Soziales
Olten

Dienstag, 23. Januar 2018, 16 Uhr
Sektionsvorstand VPOD Stadt und Institutionen
VPOD Zürich, Konferenzraum,
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Dienstag, 30. Januar 2018, 17 Uhr
Regionalvorstand VPOD Zürich
VPOD Zürich, Konferenzraum,
Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Samstag, 3. Februar 2018
Verbandskommission Erziehung,
Bildung, Wissenschaft
Zürich

Sonntag, 4. März 2018
Gemeindewahlen und Abstimmungen.
Jede Stimme zählt!

Das VPOD-Regionalsekretariat ist ab Samstag, 23. Dezember 2017, bis Dienstag, 2. Januar 2018, geschlossen. Ab Mittwoch, 3. Januar 2018, sind wir wieder für Sie da.

Wir wünschen frohe Festtage und ein 2018 voll gelebter Solidarität.

«Stadtpital Zürich 2020»

Nur mit den Mitarbeitenden

Überraschend und unerwartet hat der Stadtrat Ende November «nächste Schritte der Spitälstrategie sowie Sofortmassnahmen» angekündigt. Einmal mehr werden die Mitarbeitenden, das wichtigste Kapital eines Spitalbetriebes, nicht erwähnt. Einige klare und verbindliche Aussagen zu den Zukunftsperspektiven der Mitarbeitenden sind aber dringend nötig.

Das Personal hat in den beiden Stadtpitälern in den letzten Jahren auf Hochtouren gearbeitet und ganz klar eine Sonderleistung in diesen turbulenten Zeiten erbracht. Bereits heute müssen die Mitarbeitenden in einer prekären und chaotischen Lage für die Patientinnen und Patienten arbeiten, sie haben noch mehr Herzblut und Professionalität in der täglichen Arbeit investiert, um eine sichere Pflege zu garantieren. Ohne die überdurchschnittlichen Leistungen und das Engagement der Mitarbeitenden wäre die Ausgangslage noch schwieriger und unsicherer. In einem Klima von ständigem Druck und Unsicherheit haben die Arbeitnehmenden aller Berufskategorien und Tätigkeiten den Betrieb vorbildlich aufrechterhalten. Man darf sie in den verschiedenen Programmen, Strategien und bei den Massnahmen nicht vergessen und vor allem dürfen sich ihre Arbeitsbedingungen auf keinen Fall verschlechtern.

Zum Verdichtungskonzept: Die angekündigte Verdichtung wird sicher Folgen für die Arbeitnehmenden haben. Im Moment kann man sie noch nicht quantifizieren und qualifizieren. Man muss aber bedenken, dass im Stadtpital Triemli bereits heute, aufgrund des neuen Bettenhauses, prekäre und unbefriedigende räumliche und infrastrukturelle Bedingungen herrschen. Die Mitarbeitenden aller Stufen müssen unbedingte in die konkrete Umsetzung des Verdichtungskonzeptes einbezogen werden. Die Lehren aus der Vergangenheit müssen gezogen und Fehler vermieden werden.

Zu der künftigen Rechtsform: Im Moment fehlen präzise Informationen. Der VPOD, die Gesundheitsgewerkschaft in der Schweiz und in der Stadt Zürich, fordert unmissverständlich keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen aller Spitalmitarbeitenden und die Beibehaltung der Stadtpitäler (zukünftig Stadtpital) in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle.

Mattia Mandaglio

Delegiertenversammlung VPOD Zürich

«Es passiert vorläufig nichts ...»

An der regionalen Delegiertenversammlung findet neben den statutarischen Geschäften auch immer ein inhaltlicher Teil statt. Am 28. November berichtete Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär, über «Altersvorsorge – wie weiter?». Die Frage ist brisant, weil am 24. September beide Vorlagen zur «Altersvorsorge 2020» abgelehnt wurden.

Sein Referat begann mit «Es passiert vorläufig nichts ... – ist das ein Problem?». Das AHV-Umlageergebnis verläuft seit einigen Jahren sehr negativ, beispielsweise belief es sich 2016 auf 766 Millionen Franken. Da das Defizit wahrscheinlich weiter steigen wird, erhöht sich der politische Druck. Forderungen werden laut und lauter nach Abbaumassnahmen in der AHV (Erhöhung Rentenalter, Abschaffung Mischindex usw.). Stefan Giger wies auf einige Missstände in der beruflichen Vorsorge hin, die bei Annahme am 24. September beseitigt gewesen wären: fixer Koordinationsabzug sowie Risikoanteil der Prämien für viele Versicherte extrem hoch, was die Taschen der Versicherungskonzerne füllt. Leider müssen die Gewerkschaften akzeptieren, dass zurzeit eigene Initiativen zur Verbesserung der AHV an der Urne nicht gewonnen werden können (Erbschaftssteuer, AHVplus usw.). Das Fazit lautet: Die Probleme spitzen sich zu und sie können nur gelöst werden, wenn Mehrheiten im National- und Ständerat bestehen – es braucht eine Allianz mit den Mitte-Parteien. Selbstverständlich bekämpfen die Gewerkschaften weiterhin sämtliche AHV-Abbau-Vorstösse mit einem Referendum, aber realpolitisch-machbare Lösungen sind nur mit Kompromissen möglich.

Silvia Carsana, Leiterin Administration

Das Frauenforum VPOD Zürich lädt ein zum

Neujahrs-Apéro für VPOD-Frauen

Neben der gewerkschaftlichen Gleichstellungsarbeit den Spass nicht vergessen – diese Botschaft aus der letztjährigen Retraite der Zürcher VPOD-Frauen ist beim Frauenforum angekommen. Im kommenden Jahr will das Frauenforum deshalb häufiger zu Anlässen einladen, an denen das Vergnügen des Zusammenseins im Vordergrund steht. Mit der Umsetzung dieses guten Vorsatzes fürs neue Jahr will das Frauenforum nicht zuwarten. Es lädt deshalb alle Zürcher VPOD-Frauen zum Neujahrs-Apéro mit Spaziergang zu unserem Gleichstellungsbaum auf dem Anny-Klawa-Platz im Zürcher Stadtkreis 4 ein, und zwar am

Dienstag, 16. Januar 2018

- ab 17.00 Uhr zum Apéro im Sekretariat VPOD Zürich, Birmensdorferstrasse 67, 4. Stock
- um 19.30 Uhr gemeinsamer Spaziergang zu unserem Gleichstellungsbaum auf dem Anny-Klawa-Platz

Das Frauenforum freut sich auf alle bekannten Gesichter, vor allem aber auch auf alle Frauen, die selten oder noch nie an einem VPOD-Anlass teilgenommen haben. Wir möchten euch gerne kennenlernen und mit euch auf das neue Jahr anstossen. Für eine Anmeldung bis zum 11. Januar 2018 sind



Gleichstellung
JETZT!

wir dankbar:

info@vpod-zh.ch

Tel. 044 295 30 00

Brigitte Gügler

Feministisches Leseseminar für Frauen

Professionalisierung – oder Ökonomisierung?

10 Abende von Januar bis Juni 2018 mit Tove Soiland, Philosophin und Historikerin

Ob Kleinkindererziehung, Pflege oder soziale Berufe: Professionalisierung scheint die Zauberformel für fast jedes Problem im Care-Sektor zu sein. Frauen erhofften sich von ihr, ihr Berufsfeld vom Stigma des «typischen Frauenberufs» zu befreien, und sie versprachen sich von der damit verbundenen Akademisierung mehr Ansehen und einen besseren Lohn.

Die Realität allerdings sieht anders aus: Rückblickend müssen wir feststellen, dass die seit Beginn der 1990er Jahre verstärkt vorangetriebene Professionalisierung mit einer Ökonomisierung einherging: Mit der Professionalisierung hielt auch die Sprache des modernen Managements Einzug in die Care-Berufe. Mit indikatorenbasiertem Monitoring und Qualitätsmanagement wird den oftmals nur schwer zu beschreibenden Care-Tätigkeiten zu Leibe gerückt und ihnen so ein sachfremdes Korsett aufgedrückt. Dabei kommt die wissenschaftsgeleitete Standardisierung von Arbeitsabläufen eher einer Entprofessionalisierung gleich, denn sie entwertet das angeblich auf reiner Intuition gegründete Erfahrungswissen der Praktikerinnen. Gleichwohl erfreuen sich diese neuen Steuerungsformen einer erstaunlich hohen Akzeptanz. Die Anrufung «wirtschaftlicher Rationalität» scheint dabei als Gegenpol zur «diffusen weiblichen Arbeitsweise» zu fungieren. So wird verstehbar, warum die Professionalisierung nicht nur mit der Übernahme moderner Managementtools einherging, sondern damit auch zur faktischen Unterstützung der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien werden konnte. Das Seminar geht den feministischen Fallstricken dieser Entwicklung nach.

Das Seminar richtet sich explizit auch an Frauen, die bisher wenig oder keine Erfahrung im Umgang mit theoretischen Texten haben, sich aber gerne mit politischen Fragen beschäftigen wollen.

Daten: jeweils Donnerstag, 19.00 bis 21.30 Uhr:
11. Januar, 25. Januar, 8. Februar, 1. März, 15. März,
5. April, 19. April, 17. Mai, 31. Mai, 14. Juni 2018
Ort: VPOD Zürich, Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich, 5. Stock (Tram 9/14 bis Bahnhof Wiedikon)
Kurskosten: Fr. 100.– für VPOD-Frauen, Fr. 250.– für Nicht-Mitglieder, Fr. 35.– für Reader mit Texten
Anmeldung bis 20. Dezember 2017 bei Silvia Carsana, VPOD Zürich Regionalsekretariat, Tel. 044 295 30 00 oder info@vpod-zh.ch

fabe-guppe trÖtzphase

Gefeiert und getrotzt!

«WILL'S SUSCHT NIEMERT MACHT FIRED MIR EUS» – unter diesem Slogan lud die fabe-gruppe trÖtzphase am 24. November Fachangestellte Betreuung (FaBe) und jene, die sich mit FaBes solidarisch zeigen möchten, zu Apéro, FaBe-Info und Party ein.

Für den Namen trÖtzphase haben sie sich ganz bewusst entschieden. Trotz ist ein Verhalten des Widerstands und die FaBes haben allen Grund dazu: sie fordern Anerkennung für ihre professionelle Arbeit in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Sie wollen gesehen und gehört werden und haben sich dazu entschieden, nicht zu motzen, sondern zu trotzen. Der VPOD gibt ihnen die Möglichkeit sich zu vernetzen, um sich gemeinsam für ihren Beruf und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Für die Veranstaltung vom 24. November hatten sie sich ins Zeug gelegt. Bereits im Sommer hatten sie mit den Vorbereitungen begonnen, eine Lokalität gesucht, Inhalte und Programm erarbeitet und in den Wochen vor dem Anlass Unmengen von Flyern in Kitas und an den Berufsschulen

Lohnnachzahlungen für Lehrpersonen im ZAG

So schnell geben wir nicht auf!

Die Schlichtungsverhandlung betreffend Forderung des VPOD nach Lohnnachzahlungen für die Lehrkräfte im Zentrum für Ausbildungen im Gesundheitswesen (ZAG) ist vorbei. Sie hat zu keiner Einigung mit dem Kanton geführt. Dem VPOD steht nun der Weg ans Verwaltungsgericht offen.

Wie bereits mehrmals in den VPOD Informationen berichtet, fordert der VPOD vom Kanton Zürich, den Berufsschullehrpersonen im ZAG Lohnnachzahlungen zu gewähren. Per 1. September 2013 wurde ihr Salär zwar auf das Niveau der anderen kantonalen BerufsschullehrerInnen angehoben, doch für die Zeit davor will der Kanton keine Lohnnachzahlungen leisten. Auch an der Verhandlung bei der Zürcher Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz Ende Oktober

Grün Stadt Zürich im Clinch

Gekürzte Mittagspause

Seit den Sommerferien gilt für die Gärtnerinnen und Gärtner ein neues Regime. Sie müssen auch mittags den Weg vom und zum Werkhof/Stützpunkt ausserhalb der Arbeitszeit leisten. Dadurch verkürzt sich ihre Mittagspause, in der sie sich verpflegen und erholen können, um bis zu 20 Minuten täglich. Mitarbeitende wie Vorgesetzte akzeptieren diese einzigartige Praxis nicht.

Im Sommer 2017 hat die Betriebsleitung von GSZ ohne Informationen oder Absprache mit den Mitarbeitenden, Vorgesetzten oder den Verbänden eine neue Pausenregelung angeordnet und die Erholungszeit verkürzt. Der Weg von der Baustelle, das heisst vom Arbeitsplatz zurück zum Stützpunkt und umgekehrt, habe bereits in die Pause zu fallen und müsse somit in der Freizeit zurückgelegt werden. Arbeitsbeginn und

verteilt. Der Aufwand hat sich gelohnt – über 200 Personen kamen in den Provitreff. Auf der Bühne ergriffen Mitglieder der trÖtzphase das Mikrophon, erklärten, warum sie sich für ihren Beruf einsetzen und warum sie trotzen und Widerstand zeigen wollen. Und danach haben sie gefeiert. Zu Recht! Der Anlass hat neue Energien freigesetzt – Energien, die sie brauchen werden. Der Buchstabe Omega Ω in trÖtzphase steht nicht nur für Widerstand. Er ist auch der letzte Buchstabe im griechischen Alphabet. So lange wollen sie Widerstand leisten – bis zum Schluss.

Martina Flühmann

Interessierte melden sich bei florian.thalmann@vpod-zh.ch; weitere Infos unter www.trotzphase.ch



Über 200 Erzieherinnen und Erzieher feierten.

kam mit dem Kanton keine Einigung zustande. Obwohl der VPOD nach wie vor überzeugt ist, dass es sich um eine geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung handelt und den Lehrpersonen im ZAG Lohnnachzahlungen zustehen, hat die Schlichtungsverhandlung aufgezeigt, dass die Ausgangslage für den Weiterzug der Lohnklage ans Verwaltungsgericht anspruchsvoll ist. Das ZAG wurde im Jahr 2005 eröffnet und ist seither von einer überschaubaren Schule zu einem grossen Bildungszentrum gewachsen. In den ersten Jahren übernahmen die Lehrkräfte neben dem Unterricht sehr viele Aufgaben für den Aufbau des ZAG. Der Kanton bestreitet nun unter anderem, dass diese Aufgaben den gleichen «Lohnwert» wie die Unterrichtstätigkeit hatten und der tiefere Lohn in dieser Zeit gerechtfertigt war. Eine Arbeitsgruppe der Lehrkräfte macht sich nun mit Unterstützung des VPOD an die Arbeit, diese und andere Behauptungen des Kantons zu widerlegen. Das bedeutet einige Arbeit – doch so schnell geben wir nicht auf!

Brigitte Gügler

-ende finde auf der Baustelle statt und nicht wie bisher und wie in allen anderen Dienstabteilungen im Magazin, Werkhof oder Stützpunkt.

Im September haben sich die betroffenen Mitarbeitenden wie Vorgesetzte an den VPOD gewendet und um Unterstützung ersucht. Nach einem ersten Treffen hat der Vorstand der Gewerkschaftsgruppe Anfang November beschlossen, der Betriebsleitung einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten. Die Mitarbeitenden seien vormittags und nachmittags bereit, den Weg in der Pausenzeit zu absolvieren. Mittags hingegen müsse gewährleistet sein, dass den Mitarbeitenden eine Stunde zur Verpflegung und Erholung zur Verfügung steht. Und der Weg vom und zum Stützpunkt ausserhalb dieser Stunde liegt. Wie dies sowohl in vergleichbaren Berufsgruppen in der Privatwirtschaft wie in der Stadtverwaltung gewährleistet ist. Der Antrag ist bei Grün Stadt Zürich nach wie vor hängig, obwohl die Rechtslage klar und der Handlungsbedarf offensichtlich ist.

Duri Beer

